

Herrn Bürgermeister
Wolfgang Panzer
Rathausplatz 7
82008 Unterhaching

Unterhaching, Juli 2015

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Panzer,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Betrifft: Verhandlungen zur Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes

Hiermit wird der Bürgermeister gebeten, bei den kommunalen Arbeitgebervertretern dafür einzutreten, dass diese für eine wirkliche Besserstellung der betroffenen Berufsgruppen ein substantielles Angebot unterbreiten und die gesellschaftliche Diskussion zum Stellenwert der Arbeit mit Menschen vorantreiben

Die Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes haben in den letzten Jahren eine Ausweitung Ihrer Aufgaben und Zuständigkeiten erfahren:

- ⑩ So ist in den Kindertageseinrichtungen der Bildungs- und Erziehungsplan umzusetzen.
- ⑩ Es ist dort ständig Personalnot zu verwalten.
- ⑩ In den Schulen ist die Schulsozialarbeit ausgeweitet worden.
- ⑩ Arbeit mit Familien, Abhängigen, Obdachlosen, Entwurzelten, Menschen mit Behinderungen etc. ist äußerst anspruchsvoll und belastend und dient dazu, gesellschaftlichen Frieden zu sichern und zu halten.

Um zu erreichen, dass die Arbeit im Sozial- und Erziehungsdienst gesellschaftlich mehr wertgeschätzt wird, wurden im Frühjahr 2015 Verhandlungen mit den Arbeitgebern eingeleitet. Es kam zu insgesamt 6 Verhandlungsrunden, zu einem 4-wöchigen Streik und schließlich zu Schlichtungsverhandlungen mit Schlichterspruch. Es muss festgestellt werden, dass sich die Arbeitgebervertreter zu keinem Zeitpunkt in wesentlichen Punkten bewegt haben. Der Schlichtungsvorschlag ist für viele Berufsgruppen wie die Kinderpflegerinnen, die Basis-Erzieherinnen und die Sozialpädagoginnen schlichtweg inakzeptabel. Er bedeutet im Verdienst oft nur 50€ brutto bei Vollzeit mehr, die geforderte Höhergruppierung wurde nicht eingeleitet. **Die Gemeinde und der Gemeinderat Unterhaching waren in Anbetracht der Lage jedoch schon in 2014 der Meinung, dass ein Einkommenszuwachs von 200€ für Erzieherinnen und Kinderpflegerinnen angebracht ist und haben deshalb eine Arbeitsmarktzulage für beide Berufsgruppen beschlossen!!!**

Daher halten wir Grüne es für unerlässlich, dass von politischer Seite Unterstützung dafür kommt, dass die Arbeit mit Menschen eine gesellschaftliche und finanzielle Aufwertung erfährt.

Der Bürgermeister wird gebeten, seine Möglichkeiten zu ergreifen, politisch dafür Stellung zu beziehen. Eine dieser Möglichkeiten ist, den Kommunalen Arbeitgeberverband aufzufordern, die Aufwertung des Sozial- und

Erziehungsdienstes durch eine echte und deutliche Höhergruppierung zu vollziehen.

Vielen Dank!

Eva Karbaumer